

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/56

Bonn, den 22. März 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Nur Tatsachen zählen</u> Deutschland - Frankreich ohne Illusionen Von Günter Markscheffel	104
3 - 4	<u>Gesundheitsgefahren</u> Krankenkassennot, Luftverschmutzung, Lärm Von Dr. Elinor Hubert, MdB	88
5 - 6	<u>Geht Südosteuropa eigene Wege ?</u> Rumänien als Schrittmacher Von Dr. Alfred Graef	67
6	<u>Offene Fehde</u> "Chinesen-Guerillas" gegen "Russen-Guerillas"	26

* * *

Nur Tatsachen zählen

Deutschland - Frankreich ohne Illusionen

Von Günter Markscheffel

Nachdem sich die erste Aufregung über die Ankündigung des französischen Staatspräsidenten zum künftigen Verhältnis Frankreichs zur NATO etwas gelegt hat, ist die Frage zu prüfen, welche Schritte noch möglich sind, um den von de Gaulle in die Wege geleiteten Auflösungsprozeß des westlichen Verteidigungsbündnis einzudämmen. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß man sich in der Bundesrepublik endlich darüber klar wird, wie wenig de Gaulle jemals die Integration der westlichen Verteidigung gewollt hat. Ferner: Das noch bestehende gute Verhältnis zwischen Frankreich und der Bundesrepublik kann nur erhalten bleiben, wenn das offizielle Bonn in Rechnung stellt, daß nicht nur de Gaulle das Atlantische Bündnis in seiner jetzigen Form für überholt hält, sondern auch die Führer der meisten anderen demokratischen Parteien Frankreichs. Mit den Kommunisten hat de Gaulle in dieser Beziehung überhaupt keine Schwierigkeiten. Die KPF, die immerhin 23 Prozent der Wähler repräsentiert, begrüßt lauthals jeden Schritt des französischen Staatspräsidenten, der das westliche Bündnis lockert. Alles dies zeigt, daß bei de Gaulles gegenwärtiger Politik ohne Zweifel auch innenpolitische Ziele eine Rolle spielen. Er will im kommenden Jahr die Wahlen gewinnen und hofft, daß er mit seiner Haltung den großen Block der kommunistischen und auch anderer linksgerichteter Wähler, mindestens in bezug auf die Außenpolitik, neutralisieren kann.

Als übergeordnetes und weiterreichendes Ziel schwebt dem französischen Staatspräsidenten die Führungsrolle Frankreichs bei einer "neuen europäischen Politik" vor, "die ganz Europa umfaßt". Sicher ist er auch zutiefst davon überzeugt, namhafte Politiker der Bundesrepublik für dieses Ziel gewinnen zu können, nachdem er schon mehrfach angedeutet hat, daß "die deutsche Frage" nur dann zu lösen sei, wenn an die Stelle der seit über einem Jahrzehnt bestehenden Militärblöcke ein gesamteuropäisches Bündnissystem gesetzt wird.

Es ist jedoch keineswegs so, daß de Gaulle unbedingt den Bruch mit den Vereinigten Staaten oder anderen westlichen Bündnispartnern herbeiführen will. So hat das französische Außenministerium z. B. die in Paris akkreditierten Auslandsjournalisten wissen lassen, was zwischen Frankreich und den USA zu regeln sei, könne ohne weiteres bilateral geregelt werden, ohne daß dadurch alle NATO-Partner in Mitleidenschaft gezogen werden müßten. Tatsache ist, daß zwischen Paris und Washington schon vor langer Zeit sechs Verträge ausgehandelt wurden, in denen alle die amerikanischen Streitkräfte und Stützpunkte auf französischem Boden berührenden Fragen auch ohne Hinzuziehung der anderen NATO-Partner erörtert werden können. Dieser Hinweis des französischen Außenministeriums läßt erkennen, daß de Gaulle nach wie vor bereit ist, im NATO-Bündnis mitzusprechen, mit der Einschränkung allerdings, daß er die militärischen Aktivitäten der Amerikaner in Frankreich zu "beaufsichtigen" gedenkt. Allein das Vorhandensein von sechs bilateralen amerikanisch-französischen Verträgen bietet de Gaulle eine Ausgangsposition für Verhandlungen, die formal die anderen NATO-Partner nichts angehen würden.

Wesentlich komplizierter und bedrückender ist die von de Gaulle für uns Deutsche geschaffene Situation. Die Bundesrepublik muß sich darüber klar werden, wie ein gutes deutsch-französisches Verhältnis erhalten bleiben kann, wenn de Gaulle tatsächlich die hier stationierten französischen

Truppen aus der NATO herauslöst und sich weigert, diese nach Frankreich zurückzuziehen. In diesem Augenblick würden die französischen Kontingente wieder Besatzungstruppen werden, sofern sie nicht durch die schon bestehende bilaterale deutsch-französische militärische Zusammenarbeit doch noch als "europäisches Sicherheitskorps" gewertet werden können. Offenbar hat die Bundesregierung diese Möglichkeit schon einkalkuliert. Als nämlich Bundeskanzler Erhard während seiner letzten Pressekonferenz gefragt wurde, ob die bilaterale deutsch-französische militärische Zusammenarbeit im Rahmen oder außerhalb des NATO-Bündnisses erfolge, antwortete er etwa verlegen: "Teils im Rahmen, teils außerhalb." Diese Antwort des Bundeskanzlers deutet an, daß die Bundesregierung doch nicht so ganz unvorbereitet auf den jetzt mit Aufregung registrierten Schritt de Gaulles war.

Viel problematischer für die Bundesrepublik ist jedoch die mögliche Reaktion auf de Gaulles Ankündigung in den USA und bei einigen anderen Bündnispartnern. Angesichts der großen Sorgen und Verpflichtungen, die Washington in anderen Teilen der Welt hat, kann es durchaus sein, daß die Zahl derjenigen amerikanischen Politiker immer größer wird, die es leid sind, immer wieder von einer europäischen Regierung ins Kreuz getreten zu werden, oder mit Überraschungen rechnen zu müssen, durch die ein langfristig angelegtes Bündnisystem in Frage gestellt wird. Es ist schwer zu erkennen, ob de Gaulle diese Möglichkeit übersieht oder ob er darauf vertraut, daß die Amerikaner in Europa auch ihre eigene Sicherheit verteidigen müssen und infolgedessen nicht geneigt sind, Europa aufzugeben.

Diese vielen Unklarheiten zwingen die deutsche Politik zu größter Vorsicht. Nichts wäre dümmere, als wenn man hier in der Bundesrepublik jetzt so tun würde, als ginge uns Frankreich nichts mehr an und als könnten wir uns - vielleicht zusammen mit den Amerikanern - auch als "Siegermacht" betrachten. Die unmittelbare Folge wäre die Isolierung der Bundesrepublik vom größten Teil ihrer bisherigen Freunde. Ebenso kurzsichtig wäre der Versuch, um Frankreich herum - etwa in Spanien oder in Nordafrika - Ersatzpositionen zu suchen und dann so zu tun, als sei nichts geschehen. Viel wichtiger erscheint uns, daß wir zäh und unverdrossen mit dem französischen Partner im Gespräch bleiben und ihn nicht nur im Rahmen des militärischen Bündnisses, sondern auch in jenem der wirtschaftlichen Zusammenarbeit stellen. Darüber hinaus brauchen wir eine illusionslose Betrachtungsweise aller politischen Veränderungen, die sich atmosphärisch möglicherweise nach dem Besuch de Gaulles in Moskau ergeben werden. Hier ist ein weites Arbeitsfeld für die deutsche Politik, die allzulange darauf verzichtet hat, jenseits der Demarkationslinie im Spiel zu bleiben.

Und ein Letztes: Die Zeit ist überreif, um endlich zwischen den großen demokratischen Parteien in der Bundesrepublik jenes Gespräch zu führen, das man die Auslotung der noch vorhandenen Möglichkeiten einer konstruktiven Deutschlandpolitik in einer veränderten Weltlage nennen könnte. Wenn man davon spricht, daß de Gaulle eine Krise ausgelöst hat, dann sollte man in der Bundesrepublik gleichzeitig erkennen, daß eine solche Krise unter Umständen auch heilsame Wirkungen haben kann. Es wird uns wenig nützen, wenn wir uns auf alte Erklärungen berufen. Tatsache ist, daß sich die Welt seit Gründung der NATO geändert hat. Ebenso ist es aber eine Tatsache, daß die Sicherheit des freien Europa ohne das Bündnis der Atlantischen Gemeinschaft nicht gewährleistet werden kann. Ob wir wollen oder nicht - wir müssen bei den Tatsachen Rechnung tragen und uns entsprechend verhalten.

Gesundheitsgefahren

Krankenkassennot, Luftverschmutzung, Lärm

Von Dr. Elinor Hubert, MdB

Eines der wesentlichsten gesundheitspolitischen Probleme, das in den letzten Wochen die Öffentlichkeit bewegt hat, ist finanzielle Sicherstellung unserer Krankenhäuser. Wir wissen, daß die freien gemeinnützigen Krankenhäuser, aber auch viele kommunale, seit Jahren von der Substanz zehren. Das ist bei einer für die Gesundheit unserer Bevölkerung so wichtigen Institution, die aber bei der Größenordnung des Objekts auch großes volkswirtschaftliches Gewicht hat, nicht länger zu verantworten.

Das moderne Akutkrankenhaus ist heute zum wichtigsten Instrumentarium ärztlicher Behandlung geworden - daneben ist seine Aufgabe als Stätte der Pflege langwierig Kranker, älterer Menschen und alleinstehender Pflegebedürftiger nicht überflüssig geworden, muß aber wegen der hohen Kosten jedes Bettes im Akutkrankenhaus von diesem getrennt werden.

Die Fortschritte der medizinischen Wissenschaft werden zwangsläufig zu einer weiteren Steigung der Kosten des Akutkrankenhauses führen, die über die Kräfte nicht nur der Gemeinden, sondern auch der Länder gehen. Die Bundesregierung hat die von ihr seit langem versprochene Regelung der großen Gemeinschaftsaufgabe Krankenhaus immer wieder vor sich hergeschoben. Die jetzt von ihr beabsichtigte Erhöhung der Pflegesätze, die keineswegs eine Angleichung an gestiegene Preise, sondern eine völlige Strukturveränderung des Pflegesatzes beinhaltet, hat nicht nur finanzielle Auswirkungen auf die gesetzliche Krankenversicherung - sie werden auf über eine Milliarde DM geschätzt - sondern sie kann auch keine dauerhafte Sanierung unserer Krankenhäuser bringen.

So einschneidende Veränderungen können nicht, selbst wenn es rechtlich möglich ist, auf dem Verordnungsweg durchgeführt werden, gestützt auf das Preisrecht der Kriegs- und ersten Nachkriegszeit. Hier hat das Parlament ein legitimes Recht, gehört zu werden.

Da man voraussetzen muß, daß die Bundesregierung, ehe sie den Vorschlag einer Erhöhung der Pflegesätze macht, sich über deren gesundheitspolitische, sozialpolitische und finanzielle Folgen genaue Vorstellungen erarbeitete, dürfte es ihr nicht schwer fallen, den von der SPD geforderten Bericht schnellstens vorzulegen.

Die sozialdemokratische Partei hat schon auf ihrem Parteitag in Karlsruhe verlangt, daß unsere Krankenhäuser auf eine gesetzlich gesicherte Grundlage gestellt werden müssen. Um Diskrepanzen in der Krankenhausversorgung unserer Bevölkerung zwischen den einzelnen Ländern, die finanziell sehr unterschiedlich in ihrer Leistungsfähigkeit sind, zu vermeiden, bedarf es nicht nur einer überregionalen Koordination, sondern auch einer finanziellen Beteiligung des Bundes. Die Länder und Gemeinden haben in den vergangenen Jahren erhebliche Mittel aufgebracht. Bei den Ländern belaufen sie sich in Form verlorener Zuschüsse oder zinsloser Darlehen auf jährlich rund eine Milliarde DM. Der Bund

hat sich nur mit fünf Prozent in der Zeit von 1950 bis 1963 an Modernisierungs- und Erweiterungsbauten alter Häuser, und auch nur der freien gemeinnützigen, beteiligt. Das steht in keinem Verhältnis zu der Größe und Bedeutung der zu lösenden Gemeinschaftsaufgabe.

Luftverschmutzung

Durch den Besuch des amerikanischen Ministers Udall in der Bundesrepublik sind auch die Gefahren, die die technisierte Umwelt für die Gesundheit bedeuten, wieder mehr in das Bewußtsein der Bevölkerung gedrungen, und die Diskussion um die Luftverschmutzung ist in den Vordergrund getreten. Neben den industriellen Abgasen spielt die Luftverunreinigung durch Autoabgase eine immer größere Rolle. Die Sozialdemokratische Partei hat schon in einem im Januar vorigen Jahren im Bundestag angenommenen Antrag von der Bundesregierung verlangt, den Paragraphen 47/1 der Straßenverkehrszulassungsordnung durch Richtlinien zu erläutern, welche die zulässigen Grenzwerte für luftverunreinigende Stoffe, insbesondere Kohlenmonoxyde und Kohlenwasserstoffe, angeben.

Es ist erstaunlich, daß diese Richtlinien heute noch nicht da sind und der Vertreter des Verkehrsministeriums im Bundestag auf eine diesbezügliche Anfrage erklärte, es liefen noch Untersuchungen, obgleich die zulässigen Grenzwerte an sich längst bekannt sind.

Alles, was in der Bundesrepublik im Kampf gegen die Luftverunreinigung geschehen ist, geht auf häufig interfraktionelle Initiativen des Bundestages zurück, angefangen von der Änderung der Gewerbeordnung, die es jetzt gestattet, auch schon bestehenden Industrieanlagen noch Auflagen zu machen.

Führt die Bundesregierung die ihr vom Bundestage aufgetragenen Gesetze oder Verordnungen durch, entsteht in der Öffentlichkeit immer wieder fälschlicherweise der Eindruck, als läge hier eine Aktivität der Regierung vor.

Lärm

Noch eine die menschliche Gesundheit bedrohende Gefahr, die lange Zeit unterschätzt worden ist, ist der Lärm. Ihm sind in zunehmendem Maße alle Menschen schon von frühester Kindheit an ausgesetzt. Fachleute sagen uns, daß es in Wirklichkeit keine Gewöhnung an Lärm gibt, obgleich die Menschen selbst das oft glauben, und gerade hier liegen auch wissenschaftliche Untersuchungen vor, die zeigen, daß vor allem der Schlaf des Menschen vom Lärm beeinflusst wird. Das schwierigste Problem in der Bekämpfung des Lärms stellt der Verkehr dar. Der Verkehr macht vor keiner Gegend halt. Vor allem der Fluglärm wird immer mehr zu einer ernstesten Gefahr. Vorsorgen auf nationaler Ebene reichen hier nicht mehr aus. Internationale Abmachungen müssen die Vorkehrungen und Maßnahmen, die im eigenen Lande getroffen werden, ergänzen.

Wir werden auch überprüfen müssen, ob unser Grundgesetz noch ausreicht, um die Minderung der Umweltgefahren einheitlich im Bundesgebiet regeln zu können.

Geht Südosteuropa eigene Wege ?

Rumänien als Schrittmacher

Von Dr. Alfred Graef

Die wachsenden Spannungen zwischen Moskau und Peking haben die kommunistischen Länder Südosteuropas einerseits in dieses Spannungsfeld einbezogen, andererseits aber gerade wegen diesen Spannungen deren Weg zu einer eigenständigen Politik innerhalb des kommunistischen Lagers freigemacht.

Unter diesen Aspekten scheint es für die künftige politische Entwicklung in Südosteuropa bedeutungsvoll zu sein, daß sich Albanien schon seit Jahren von Moskau gelöst hat und immer stärker im Fahrwasser des rotchinesischen Kurses schwimmt. Irgend ein Anzeichen für ein Umschwenken in eine gemeinsame politische Front der kommunistischen Länder Südosteuropas ist bei Albanien in keinem Sektor seiner politischen Äußerungen zu erkennen.

Jugoslawien nimmt schon seit Ende der vierziger Jahre eine Sonderstellung im kommunistischen Lager ein, seitdem es sich von der sowjetischen Bevormundung abrupt gelöst hat. Es hat schon frühzeitig, noch in der Stalinära, den Mut gehabt, eine eigene Interpretierung der kommunistischen Ideologie vorzunehmen, die nur sehr schlecht unter den Marxismus-Leninismus, geschweige denn unter den Stalinismus einzuordnen ist, obgleich sie von Tito und seinen Getreuen als reiner Marxismus bezeichnet wird. Insbesondere im ökonomischen Bereich hat Jugoslawien ein System aufgebaut, das starke Abweichungen auch vom heutigen Sowjetsystem erkennen läßt und in einzelnen Fällen sogar liberale Züge aufweist.

Ungarn hat nach der ungarischen Revolution im Jahre 1956 der stalinistischen Gesellschaftsordnung anscheinend für immer den Rücken gekehrt, während Rumänien seit etwa drei Jahren, bei Beibehaltung einer noch immer stalinistisch anmutenden Wirtschaftsordnung, eine "nationale Renaissance" eingeleitet hat, wobei die "Latinität" des rumänischen Volkes auffallend stark betont wird. Damit hat es den Anschein, als ob Rumänien einen Brückenschlag zum Westen herstellen möchte, ohne den kommunistischen Hauptmächten den Rücken zu kehren. Anscheinend fühlt sich Rumänien - vielleicht aus nationalen Selbstbehauptungsgründen - dazu berufen, in Richtung eines politischen Ausgleichs zwischen Ost- und Westeuropa zu wirken, wobei es ohne Zweifel an ein enges Zusammenwirken mit seinem großen lateinischen Bruder, nämlich mit Frankreich, denkt.

Bulgarien hat zumindest bislang als getreuer Gefolgsstaat Moskaus alle politischen Schwenkungen der jeweiligen sowjetischen Machthaber mitgemacht, wenngleich es in der letzten Zeit sich immer deutlicher für eine Politik engagiert, die jener Rumäniens näher kommt.

Der Gedanke ist nicht von der Hand zu weisen, daß die kommunistischen Länder Südosteuropas ohne erkennbare Organisationsform zu einem besonders geprägten politischen Block zusammenwachsen - von Albanien natürlich abgesehen - und bemüht sind, eigene politische Formeln zu entwickeln. Es hat immer mehr den Anschein, als ob sie unter Betonung nationaler Selbständigkeit gemeinsam ein gleichartiges politisches Konzept einer dritten Kraft in Europa entwickeln möchten, die Bindeglied zwischen Ost- und Westeuropa sein könnte.

Noch sind nicht alle Weichen in dieser Richtung gestellt. Dies hat der Besuch des rumänischen Ministerpräsidenten Maurer in Budapest und der kürzliche Besuch Kádars in Bukarest deutlich gezeigt. Gerade zwischen diesen beiden Ländern gilt es, viele nationale Ressentiments abzubauen und eine intensive wirtschaftliche Zusammenarbeit einzuleiten. Großes technisches Wissen in Ungarn könnten sich mit reichen Rohstoff- und Energiequellen Rumäniens zusammenfinden und die wirtschaftspolitische Position ganz Südosteuropas erheblich stärken. Gerade die wirtschaftliche Unabhängigkeit wäre dazu geeignet, auch eine selbständige Politik zum Zwecke des Ausgleichs der Interessen von Ost und West zu betreiben.

Eine solche Entwicklung in Südosteuropa könnte in der Tat einen Entspannungsfaktor auch für die ost-westeuropäischen Beziehungen darstellen und vielleicht sogar dazu beitragen, neue Perspektiven auch für die künftige deutsche Ostpolitik zu eröffnen.

+ + +

Offene Fehde

"Chinesen-Guerrillas" gegen "Russen-Guerrillas"

HD. - In Kolumbien ist es zu einer offenen Fehde zwischen den chinesenfreundlichen Partisanen des "Volksbefreiungsheeres" (ELN) und den moskautreuen kommunistischen Aufständischen gekommen.

Die "Chinesen" werfen ihrer prosovjjetischen Konkurrenz vor, den ehemaligen katholischen Geistlichen und Universitätsprofessor Camilo Torres Restrepo, der seit einem Jahr aktiver Guerrillakämpfer war, an die Regierungstruppen verraten zu haben, die den 36-jährigen Sproß einer der reichsten Familien des Landes aufstößerten und im Verlaufe eines erbitterten Feuergefechts töteten.

Der mit Castro-Bart und tschechischer Maschinenpistole bewaffnete ehemalige Priester hatte gegen den Widerstand seiner Kirchenoberen für soziale Reformen plädiert, wurde aus seinen Ämtern entfernt und schloß sich den prochinesischen Partisanen des ELN an.

Zweifelloos verdanken die Aufständischen einen Teil ihrer Erfolge der starren Haltung der kolumbianischen Kirchenfürsten, die sich mit der Oligarchie des Landes solidarisch erklären und alle Sozialreformen ablehnen. Diese Haltung steht in krassem Gegensatz zur aktiven Sozialpolitik der katholischen Kirche Perus, Chiles oder Brasiliens. In Chile hatte die katholische Kirche lange vor der jetzt gesetzlich beschlossenen Bodenreform ihre Güter unter landlosen Bauern aufgeteilt - in Peru ist die Kirche ebenfalls in diese Linie eingeschwenkt, während die bitterarme katholische Kirche Brasiliens sehr viel sozialreformerischen Elan entwickelt, wie beispielsweise die landwirtschaftlichen Siedlungsgenossenschaften von Pindorama im Staate Alagoas zeigen, die auch von der deutschen GEG-Organisation unterstützt werden.

+ + +